

BDK begrüßt Ende der Fusionspläne zu BKA und Bundespolizei

16.03.2011

Entscheidung des Ministers lässt auf sachgerechte Fortentwicklung der Polizeibehörden hoffen - Die vom neuen Innenminister Hans-Peter Friedrich am 15. März verkündete Entscheidung, Bundeskriminalamt und Bundespolizei als eigenständige Organisationen zu erhalten, ihr Zusammenspiel jedoch verbessern zu wollen, stieß beim Verband Bund im BDK auf Zustimmung.

Der Verbandsvorsitzende Thomas Mischke dazu: Die innerhalb des BDK in einem gemeinsamen "Verband Bund" organisierten Kriminalisten des BKA und der Bundespolizei standen der von der sog. Werthebach-Kommission vorgeschlagenen Fusion der beiden Sicherheitsbehörden von Anfang an skeptisch gegenüber. Der Bericht der Kommission wurde jedoch nicht pauschal angegriffen und verworfen, sondern sorgfältig analysiert und in einer eigenen Stellungnahme bewertet, zumal die Kommission einige langjährige Forderungen des BDK aufgegriffen hatte. Kernpunkte des BDK sind dabei:

- die Schaffung einer "Kriminalpolizei des Bundes" durch Verbindung der kriminalpolizeilichen Einheiten der Bundespolizei mit dem BKA, sowie die Einbeziehung der kriminalpolizeilichen Dienststellen des Zolls
- Zur Bekämpfung der zunehmenden Computer- und Internetkriminalität sind erforderliche Fachdienststellen angemessen mit qualifiziertem Personal und Ressourcen auszustatten bzw. überhaupt erst zu schaffen
- Über den reinen innenpolitischen Bereich hinaus muss auch den wachsenden Anforderungen an polizeiliche Einsätze im Ausland durch die Schaffung geeigneter Strukturen Rechnung getragen werden
- Die Polizeien des Bundes sollen in einer gemeinsamen Abteilung im Bundesinnenministerium besser als bisher koordiniert werden
- Daneben ist ein Ausbau der Vernetzung mit den Polizeien der Bundesländer dringend geboten
- Ressourcenübergreifende Anwerbung, qualifizierte Aus- und Fortbildung und angemessene Besoldung sind angesichts zunehmenden Konkurrenzkampfes zur Nachwuchsgewinnung im Zusammenwirken mit der Überalterung der Polizeibesetzten erfolgskritisch

Einer Vollfusion von BKA und Bundespolizei wurde dabei eine Absage erteilt, da diese als Hindernis für die Schaffung schlagkräftiger Strukturen zur Kriminalitätsbekämpfung betrachtet wurde und die Belange der jeweiligen Beschäftigten nicht hinreichend berücksichtigt.

Offenbar hatten die Sachargumente des BDK eine positive Wirkung im Bundesinnenministerium. Angesichts der ersten Stellungnahmen des neuen Ministers ist davon auszugehen, dass eine zukunftsgerechte Gestaltung der Polizeibehörden des Bundes erreicht werden kann. Dabei muss unter allen Umständen auf die Wahrung der Interessen der dort Beschäftigten geachtet werden, die dort oft unter widrigen Bedingungen, aber mit hoher Motivation ihren Dienst verrichteten.

Für redaktionelle Rückfragen:
Thomas Mischke,
Fon +49 1578 612 7999